

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Kollektive Verantwortungslosigkeit

2

Massenzuwanderung: Brandgefährlich!

10-14

Der Bürokratismus wuchert

16

Kirche von Lauterbrunnen BE
Bild: Marianne Zürcher, Emmenmatt BE



Redimensionierung der Funktionärskaste – ein Gebot der Stunde

Kollektive Verantwortungslosigkeit

von Ulrich Schlüer, Verleger «Schweizerzeit»

Die Not-Anordnungen im Rahmen der vom Bundesrat als «ausserordentlich» bezeichneten Lage halten wir ein wie vorgeschrieben.



Aber die Freiheit, das Handeln der Regierungen und ihrer Funktionärsapparate auch kritisch zu beurteilen, lassen wir uns nicht nehmen. Im Blick auf die Schweiz weichen wir insbesondere einer ganz zentralen Frage nicht aus: Weshalb wurden die bedeutende Teile des Gewerbes zum Erliegen bringenden Massnahmen überhaupt unverzichtbar? Nicht zuletzt, weil eine erste, wichtige Anordnung viel zu lange fahrlässig hinausgezögert worden ist: Die Schliessung der Landesgrenze zum Pandemie-Herd Italien.

Brüssel-hörig

Politische Motive bestimmten die bundesrätliche Verweigerung dieser Massnahme: Im verbissenen Kampf gegen eine Volksinitiative, welche die Begrenzung der Einwanderung und die eigenständige Kontrolle der Landesgrenze verlangt, weigerte sich die Landesregierung so stur wie sträflich, von «Grenzschliessung» auch nur zu sprechen. Grenzen, versucht sich Bundesbern heute – von den Medien dafür kriecherisch-devot angehimmelt – herauszureden, unterstünden seit dem von der EU erlassenen Schengen-Vertrag eben «kollektiver Verantwortung».

Drastischer könnten die Anhänger solch lächerlicher Ausflüchte nicht demonstrieren, dass kollektive Verantwortung, wenn's drauf ankommt, immer zuerst «vom anderen» erwartet wird – dass kollektive Verantwortung im Ernstfall nur allzu rasch in kollektive Verantwortungs-Abwälzung umschlägt.

Auch Bundesbern war bekannt, dass sich in Norditalien Chinesen in sehr grosser Zahl aufhalten – Untertanen der von China gekaperten, einst italienischen Schuh-Manufaktur. Und man nahm hin, dass diese Chinesen – viele unter erbärmlichen Umständen hausend – auch dann noch frei und rege zwischen Mailand und China pendelten, als dort Wuhan und weitere Städte als Corona-Herde längst rigoros abgeriegelt worden waren.

Dass China, Südkorea, Taiwan, Singapur um identifizierte Virus-Herde undurchlässige Sperren errichteten, liess weder in Rom noch in Berns Verwaltung Warnlichter aufblitzen. Von «kollektiver Verantwortung»

säuselnd, liess Bundesbern die Landesgrenze zwischen Norditalien und dem Tessin sowie zu Graubünden Brüssel-treu viel zu lange offen. Die Zeche für dieses sträfliche Versagen bezahlt jetzt das Schweizer Gewerbe.

Wirtschafts-Abwürgung

Der Preis, den Gewerbe und Wirtschaft als Folge realitätsblinder Tabuisierung der Grenzschliessung jetzt zahlen müssen, ist horrend: Hunderttausende Firmen, insbesondere KMU-Betriebe, wurden über Nacht ihrer Einnahmen beraubt: Schluss! Fertig mit Geschäftstätigkeit!

Dass Ausgaben – Mietzinse, Lieferantenrechnungen, Steuern, Löhne, Sozialbeiträge usw. – munter weiterlaufen: Was kümmerte dies die Funktionäre und Exekutivpolitiker, denen wirtschaftlicher Existenzkampf so fremd scheint wie dem KMU-Schreiner die Eidgenössische Gesetzessammlung. Dass der Blumenladen schliessen muss, während der Supermarkt weiterhin Blumen verkaufen darf – das dämmerte den Stillstands-Anordnern erst nach dem erlassenen Stopp.

Das Erschrecken über die Folgen treibt Politiker jetzt in hektischen Aktivismus: Milliarden werden gefordert. Zuerst zehn, dann zwanzig, fünfzig, professoral gar hundert und mehr. Links-Grün wirft sich ausgabenfreudig in Stellung: Der Staat könne sich Milliarden-Verschuldung gut leisten. Was vor Anbruch der Rot-Grün-Mehrheit solide gespart wurde, wird pauschal in die Polit-Arena geworfen.

Bescheidene Frage: Wer ist es, der im Staat die Schulden zu tragen hat? Gewerkschafter, Politiker, Professoren und Funktionäre – alle wohlbestallt – interessiert

Spezialunternehmen für:
UMBAUTEN - SANIERUNGEN - REPARATUREN

Wir bedienen jeden Kunden individuell – Aber alle gleich gut



BauExpert GmbH
Loomattstrasse 14c
8143 Stallikon
044 731 15 48
info@bauexpert-gmbh.ch
www.bauexpert-gmbh.ch

Wir arbeiten als Totalunternehmer oder Generalunternehmer

In Notfällen; 24h - 7 Tage, Pikett unter 079 757 70 31



das nicht. Es sind bloss die Steuerzahler, die zu bluten haben: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Solche Hypothek erntet die Schweiz aus der Politiker-Utopie, wonach «kollektiver Verantwortung» unterstellte Grenzkontrolle von selbst funktioniere.

Die europäische Dimension

Wer aber entscheidet, wem die Milliarden zufließen – und wem nicht? Diese Frage, wird uns erzürnt begegnet, sei deplatziert, sei zynisch! Selbstverständlich müsse jedem geholfen werden, dessen Firma zahlungsunfähig werde.

Höchste Zeit, die «europäische Dimension» der im Namen «kollektiver Verantwortung» angekündigten Milliarden-Verschuldung in Erinnerung zu rufen.

Da schritt doch die EU vor zwölf Jahren unter Merkels Diktat («Stirbt der Euro, stirbt die EU!») zur Euro-Rettung – mit der Schweizerischen Nationalbank im Schlepptau. Mittels unablässig ratternder Druckerpresse wurden Milliarden ausgespuckt, mit denen die Europäische Zentralbank wertlose Staatspapiere von EU-Südländern aufkaufte, die der für sie viel zu starke Euro in den Bankrott zu treiben drohte. Das Wertlose wurde – unter Umgehung aller einst feierlich beschworenen Stabilitätsregeln – zum Nominalwert erworben. Die unter Beschwörung «kollektiver Verantwortung» angeordnete «Geldproduktion» entpuppte sich damit

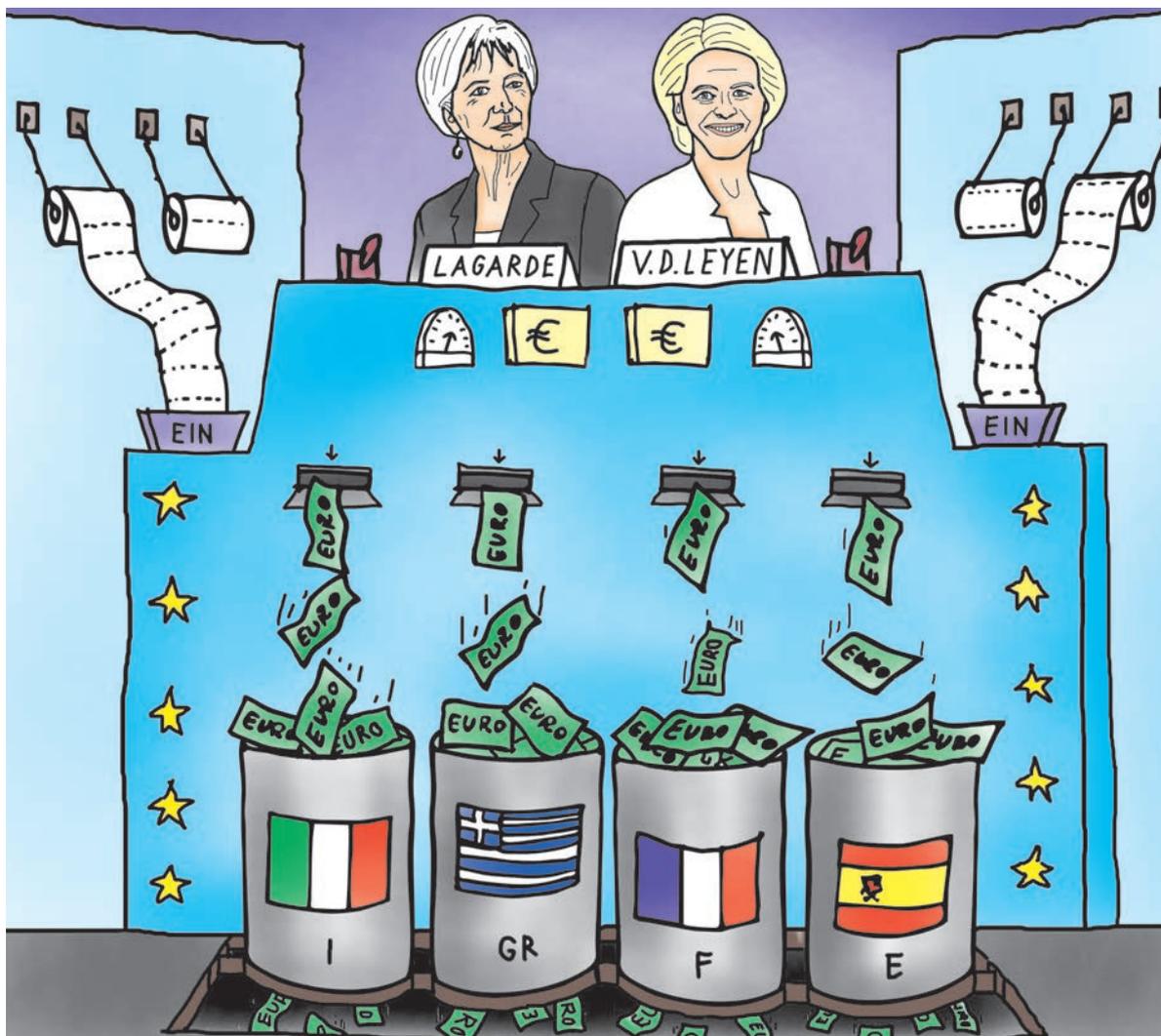
LACHEN VERBOTEN!



En Zürcher Tourischt chonnt uf Appezöll mit eme riesige amerikanische Wage. Er suecht de Wäg ufs Reschtorant Ahorn und fraget e Büebli nach em Wäg. S'Büebli mänt: «Chönd er Französisch?» «Ja klar», säät de Zürcher, «ich bi schliessli uf e höheri Schuel ggange.» «Denn isch guet», säät sBüebli, «fahred eifach immer grad us.» Nach zwee drü Kilometer wird dStrass immer enger, de Zürcher landet im Morascht, sAuto bleibt stecke, und dReder spueled nu no. Mit Müe und Not bringt de Tourischt sAuto wieder uf dStrass. Er fahrt zugg, geseht das Büebli und fluechet: «Wa fällt Dir i, en Tourischt eso zum Narre zhalte?!» Er sell doch nid eso tue, mänt sBüebli. Es heig ihn ja gfroget, ob er Französisch chönni. «Was hät das mit dem blöde Wäg ztue?» rüeft de Zürcher. Und sBüebli mänt: «Grad hüt morgue hät de Lehrer gsäät, mit Französisch chömm me überall dure.»

als monströse Geldwert-Zerstörungsaktion – Frucht kollektiver Verantwortungslosigkeit.

So masslos Milliarden in Schuldenlöcher geschüttet wurden: Die Bankrott-Abwendung für die EU-Südstaaten gelang damit noch nicht. Zusätzlich diktierte Brüssel ganz Europa zunächst die Zinsnullung; als



Allheilmittel Notenpresse
cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

dies auch nicht reichte, folgten die Negativzinsen: Skrupellose Beraubung der Sparer hatte die Urheber der masslosen Schuldenturm-Politik vor strafrechtlicher Verfolgung zu bewahren.

Zinsnullung

Politisch diktierte, marktzerstörende Zinsnullung zeitigte Nebenfolgen, die jetzt mit voller Wucht auf Europa zurückschlagen: Weil Kredit faktisch gratis wurde, konnten sich in wachsender Zahl «Firmen» über Wasser halten, die sich, hätte man den Markt funktionieren lassen, nie und nimmer behauptet hätten. Diese inzwischen viele tausend Firmen – heute als «Zombie-Unternehmen» bezeichnet – verfügen nicht einmal über einen müden Rappen, nicht einmal über einen einzigen Cent als Reserven. Um so skrupelloser stellen sie sich in die erste Reihe derer, die nach Staatsmilliarden dürsten.

Zum Glück gibt es auch gesunde, unternehmerisch auf den Markt ausgerichtete, also Profit erwirtschaftende Firmen. Das abrupte Abwürgen des Einnahmen-Zuflusses trifft allerdings auch sie, treibt viele in Liquiditäts-Engpässe.

Genau diese soliden Firmen sind es, denen als Folge heutiger Milliardenhilfen morgen schwere Zusatz-Steuerlast droht. Sollen diese guten, uns Wohlstand

Churz & Bündig

Die Zürcher Regierung glaubt, die Bevölkerung vor der Begrenzungs-Initiative warnen zu müssen, weil deren Umsetzung angeblich die Rekrutierung ausländischer Facharbeiter erschweren könnte.

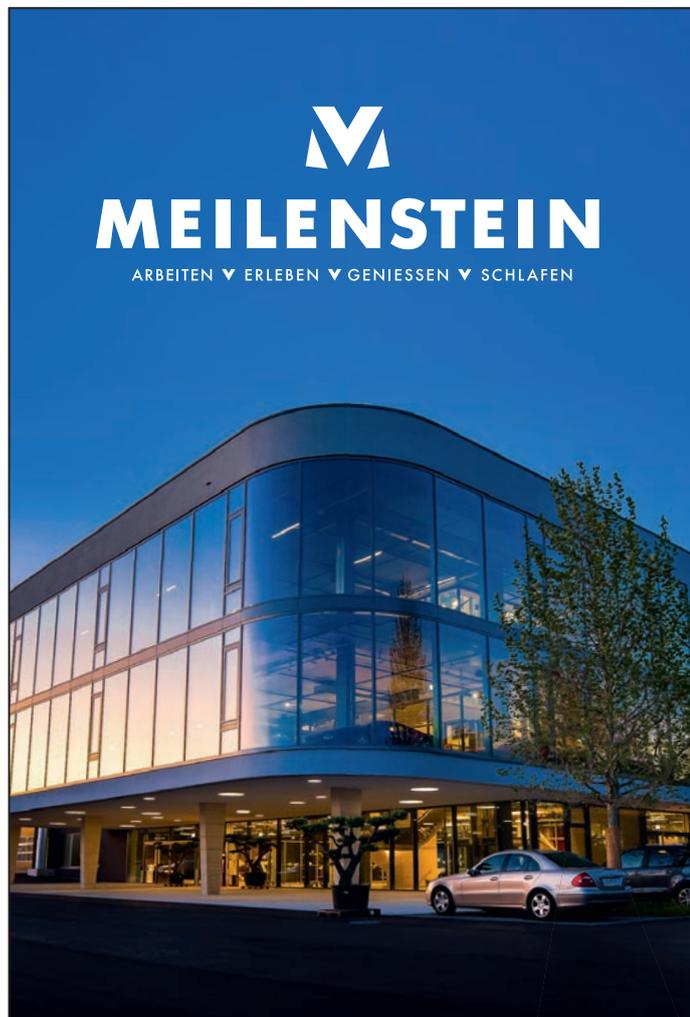
Warum sagt die gleiche Zürcher Regierung kein einziges Wort zur längst feststellbaren Tatsache, dass in der Schweiz niedergelassene Grosskonzerne ältere Schweizer Facharbeiter zu Tausenden vorzeitig entlassen und durch billige Ausländer ersetzen?

*

Im Zürcher Unterland wurde kürzlich eine Frau erwischt, als sie Giftköder für Hunde und Katzen auslegte. Sie sei, behaupteten Medien, «eine ehemalige SVP-Kantonsratskandidatin».

Nachforschungen ergaben: In keiner SVP-Sektion im Zürcher Unterland kennt man diese Frau. Zurückverfolgt um fünfzehn Jahre war diese Frau in keiner SVP-Sektion jemals Mitglied. Offenbar war sie vor siebzehn Jahren kurzzeitig bei der kantonalen SVP registriert. Auf einer SVP-Kantonsratsliste hat sie nie figuriert. Schnuderer-Journalismus!

www.schweizerzeit.ch



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

sichernden Unternehmen bluten, damit die gewissenlosen Gratiszins-Sumpfbüten der Zinsnullung kurzfristig überleben können? Bleibt «kollektive Verantwortung» blind gegenüber solchen Realitäten, entlarvt sie sich bald als «kollektive Verantwortungslosigkeit».

Soll das Abendland, soll Europa überleben, so wie es als Hort von Freiheit und Wohlstand jahrhundertlang Weltgeschichte mitgestaltet hat, dann allerdings wären tiefgreifende Massnahmen zu seiner Gesundheit zügig an die Hand zu nehmen.

Plakativ Gezeigtes – sorgfältig Verschwiegendes

Fällt nicht auf, mit welcher Energie die hiesige Funktionärskaste – Arm in Arm mit den Medien – ein eigentliches Krebsgeschwür aller Kritik entzieht, welcher dieses Geschwür schonungslos ausgesetzt werden müsste? Wir meinen die Funktionärsapparate, die – überall in Europa – seit der Finanzkrise allein noch Wachstum ausgewiesen haben: Wachstum, das ihnen die Kraft verliehen hat, immer mehr Lebens- und Wirtschaftsbereiche ihrer Macht zu unterwerfen – auf Kosten volkswirtschaftlicher Wertschöpfung.

Das Ausschütten von Milliarden über die durch die Staatsbürokratie lahmgelayte Wirtschaft muss, soll die Krise nicht bloss um eine weitere Etappe verlängert werden, zwingend einhergehen mit deutlich spürbarer Eindämmung der krebsartig ausgewucherten, Bürger und Wirtschaft aussaugenden, gewerbliche Tätigkeit lähmenden Bürokratie. Von jedem Politiker, der jetzt Milliarden für die Wirtschaft fordert, ist uneingeschränkter Einsatz zur deutlichen Redimensionierung der Funktionärsapparate zu Brüssel, zu Bern, in den staatlichen und halbstaatlichen Betrieben, in den Kantonen, in den Städten und Gemeinden unabdingbar zu verlangen. Mindestens zwanzig Prozent muss die Reduktion betragen – sowohl personell als auch finanziell.

Unterbleibt diese Anstrengung, dann gehört das Abendland der Vergangenheit an.

Ulrich Schlüer



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Notstand



Dass offiziell Notstand herrscht, merkt so ziemlich jede und jeder: Das Parlament ist verschwunden. Der Bundesrat regiert allein. Die bundesrätlichen Notstands-Entscheidungen – solange ganz auf Bewältigung der Corona-Pandemie ausgerichtet – stossen auf breite Zustimmung. Was das Finanzdepartement (Bundesrat Ueli Maurer) und das Wirtschaftsdepartement (Bundesrat Guy Parmelin) innert zehn Tagen – während andere die Medienfront bildeten – fertiggebracht haben, auf dass die verfügte Teil-Stillegung des Wirtschaftslebens nicht zur Wirtschaftskatastrophe ausartet, verdient höchsten Respekt: Diese Parforce-Leistung kam zustande, weil beide Departemente – den Fängen der Brüsseler Bürokratie-Krake nicht ausgesetzt – ungehindert schweizorientiert handeln konnten.

Ob nebst dem Corona-Notstand vergessen ging, dass die Bevölkerung mehrerer Kantone und vieler Städte noch einem zweiten Notstand ausgesetzt ist? Dem anfangs Jahr von Rot-Grün ertrotzten, von den dafür von bellenden Medien weichgeklopften «Mitte-Politikern» schliesslich unterstützten, von der Öffentlichkeit kopfschüttelnd zur Kenntnis genommenen «Klima-Notstand»? Dass damit vor allem pubertäre Demonstrier-Lust in Parlamente geschwemmter links-grüner Aktivistinnen und Aktivisten ausgelebt wurde, erkennen die, die sich überhaupt noch jener Eskapaden erinnern, jetzt, da es echten Notstand angesichts echter Bedrohung zu bewältigen gilt.

Einige Klima-Propheten – solche, die kaum zu wissen scheinen, dass Lebensqualität auch von Wirtschaftsleistung abhängt – haben inzwischen festgestellt, dass die Lahmlegung des Wirtschaftslebens die Luftqualität verbessere. Das habe, beeilen sie sich unter einhelliger Billigung der Medien zu beteuern, gar nichts zu tun mit den «echten» Klimaproblemen. Wirklich nicht? Zeigt das nicht selbst Demonstrier-süchtigen, dass weniger anwesende Menschen auch weniger Umweltbelastung bewirken? Dass sich folglich die Masseneinwanderung von einer Million innert dreizehn Jahren markant negativ auf die Umweltbelastung ausgewirkt hat?

Lieber würden sie, die vom Denk-Notstand heimgesuchten Klima-Experten, sich die Zunge ausreissen als einzugestehen, dass Umweltentlastung vor allem durch Begrenzung der Einwanderung, durch ein Ja zur Begrenzungs-Initiative zu erreichen ist.

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

Das Meinungsdictat von Links-Grün

Wenn zwei das Gleiche tun ...

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt



An einer Versammlung der Partei «Alternative für Deutschland (AfD)» meinte ein Mitglied, dass man ein Prozent der Flüchtlinge erschiessen müsse, wobei auch dann die Migration nach Deutschland immer noch zu hoch wäre. Darauf entgegnete der Parteivorsitzende, dass man sie nicht erschiessen, sondern in ein Internierungslager stecken würde.

Nach diesem Wortwechsel kam es in ganz Deutschland zu antifaschistischen Demonstrationen.

An dieser Stelle kann ich alle Leserinnen und Leser beruhigen. Vertreter der AfD haben nichts dergleichen geäussert. Hingegen haben Angehörige der Links-Partei (Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland der DDR) die Erschiessung von einem Prozent der Reichsten in Deutschland gefordert. Proteste blieben weitgehend aus. Auch die Antwort von Bernd Riexinger, einem der Parteivorsitzenden der Linken, dass man die Reichen nicht erschiessen sondern für nützliche Arbeit einsetzen werde (im DDR-Jargon eine Bezeichnung für Arbeitslager), war vielen Medien höchstens eine unbedeutende Meldung wert. Oder man rettete sich mit dem Hinweis, dass es ein «Spruch» gewesen sei. Eine löbliche Ausnahme war die deutsche «Bild»-Presse, welche diese unappetitlichen Aussagen nicht einfach hinnahm und scharf reagierte.

Dieser Vorfall, mitnichten ein Einzelfall, zeigt eindrücklich auf, wie verzweifelt die Vertreter der deutschen Altparteien sind. Auch die demokratisch korrekte Wahl von FDP-Mann Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen mithilfe von AfD-Stimmen musste rasch und auf Anordnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel rückgängig gemacht werden. Dies ermöglichte nach sechs Wahlgängen und mit grossem Gewürge die Wiederwahl von Ministerpräsident Bodo Ramelow der Links-Partei. Als die Linken-Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow Herrn Kemmerich einen Blumenstraus vor die Füsse schmiss, hat die SED-Nachfolgepartei primär ihren politischen Stil und ihre Geringschätzung der demokratischen Institutionen zum Ausdruck gebracht.

Auch in der Kunst- und Musikszene zeigt sich diese verbissene Einseitigkeit. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat den Auftritt der Punkband «Feine Sahne Fischfilet» (die heissen wirklich so) an einem Protestfestival in Chemnitz in den höchsten Tönen gelobt. Dass diese Musikgruppe in ihren Liedertexten die Gewalt an Polizisten verherrlicht, hat offenbar niemanden von den Mainstream-Medien

gestört. Nicht gestört hat sich auch der grösste Teil der gleichgeschalteten Presse, als ein Kinderchor im gebührenfinanzierten TV-Sender WDR das Lied «Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad» mit dem abgeänderten Text «Meine Oma ist eine Umweltsau» sang. Ob «Feine Sahne Fischfilet» oder WDR-Kinderchor – man sieht locker über solche Verfehlungen hinweg.

Aber wehe, ein Künstler unterordnet sich nicht mit Kadavergehorsam dem links-grünen Meinungsdictat. So hat der deutsche Soulsänger und DSDS-Juror Xavier Naidoo in einem kurzen Videoclip die statistisch untermauerte Ausländerkriminalität thematisiert. Über Naidoo wurde Pech und Schwefel ausgeschüttet, und der deutsche TV-Sender RTL schmiss ihn hochkant zum DSDS-Juroren-Team raus. Mit ähnlichen Angriffen sah sich der österreichische Volksmusiker Andreas Gabalier konfrontiert, als er die alte und nicht gendergestramte Version der österreichischen Nationalhymne sang.

Die Liste könnte beliebig weitergeführt werden: Die Ausladung es ehemaligen CIA-Chefs und US-Viersternegenerals David Petraeus durch die ETH Zürich, nachdem linke Studentengruppen mit Radau gedroht hatten, falls eine solche «Kriegsgurgel» sprechen sollte. Oder die abgeblasene Podiumsdiskussion im hochsubventionierten Zürcher Theater «Gessnerallee», an welcher auch der AfD-Politiker und Philosophiedozent Marc Jongen hätte teilnehmen sollen – nach der Veröffentlichung eines Protestschreiben durch das unabhängige (!) Berliner Theaterportal.

Es liegt an uns, gegen solche Entwicklungen klar Position zu beziehen. Der Ausspruch des grandiosen amerikanischen Schriftstellers Mark Twain (1835-1910): «Wir schätzen die Menschen, die frisch und offen ihre Meinung sagen – vorausgesetzt, sie meinen dasselbe wie wir», könnte heute aktueller nicht sein.

Markus Melzl



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**

inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

Rechtsverluderung in Zeiten von Corona

«Nehmen Sie zehn Mann und schliessen Sie den Reichstag!»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Verwaltung hat dem Parlament auch in Notzeiten nichts zu befehlen. Erst recht darf sie das Parlament nicht an der Ausübung seiner Kernaufgabe hindern.



Die Eidgenossenschaft hat die Gewaltentrennung mit der Bundesverfassung von 1848 eingeführt. Diese Gewaltenteilung verhindert die Konzentration der Macht und schiebt dem Machtmissbrauch einen Riegel – gerade auch in Krisenzeiten. Die Trennung von legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt gilt nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf der Ebene der Kantone und Gemeinden. Auch hier geht es darum, die Konzentration der Macht bei einzelnen Personen oder Institutionen und damit Machtmissbrauch zu verhindern.

Gesundheitsdirektion verbietet Parlament

Art. 47 der Bundesverfassung verpflichtet sodann den Bund, die Eigenständigkeit der Kantone zu wahren. Die Kantone sind zwar nur beschränkt autonom, aber zum ununverzichtbaren Kerngehalt dieser Selbstständigkeit gehört die Autonomie ihrer Parlamente. Der Bund hat also nicht die Kompetenz, über kantonale Parlamente zu bestimmen, und noch weniger kann er diese an untergeordnete Stellen delegieren.



Abbildung 1 unerhörter Vorgang: ein Amt verbietet das Parlament

Dennoch hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (in anderen Kantonen ist das ein Departement des Regierungsrates) gestützt auf eine angebliche Notrechtskompetenz am 15. März 2020 einer ordentlichen Sitzung des Zürcher Kantonsrates die «Bewilligung entzogen». Damit wir uns richtig verstehen: Es ist sicher richtig, dass das Parlament nicht tagt. Aber der Entscheid darüber liegt allein beim Parlament; die Gesundheitsdirektion kann höchstens Empfehlungen abgeben.

Legitimierter Staatsstreich

Wie kann es daher sein, dass ein gewähltes Parlament von der ungewählten Verwaltung eine Bewilligung braucht, um zu tagen? Kann mit einer Verordnung also auch ein Staatsstreich legitimiert werden? Kann die Gesundheitsdirektion auch der Geschäftsprüfungskommission verbieten, sie zu prüfen? Solche Fragen stellte sich unter anderem alt Nationalrat Claudio Zanetti zu Recht. Nochmals: es ist wohl richtig, die Parlamentssitzung nicht am herkömmlichen Ort durchzuführen. Aber dass die Exekutive sich anmassiert, in eklatanter Verletzung des Gewaltenteilungsprinzips das demokratisch gewählte Parlament auszuschalten ist – Corona hin oder her – ein unerhörter Vorgang, eine Art Mini-Staatsstreich, der nicht toleriert werden darf.

Notstandsrecht im Zweiten Weltkrieg

Die Situation ist nicht neu: Vor dem Zweiten Weltkrieg räumte das Schweizer Parlament der Regierung umfangreiche Notstandsrechte ein. Der Bundesrat durfte fortan autonom entscheiden, ohne das Parlament. Dieses sollte ihn im Krieg handlungsfähiger machen. Doch die Exekutive genoss ihre Allmacht und wollte auch nach dem Krieg mit Notrecht weiterregieren. Die Neigung hin zu autoritären Regierungsformen überdauerte die Kriegsjahre. Der vehementeste Kritiker des Vollmachtenregimes war der berühmte Staatsrechtler Zaccaria Giacometti. Erst langsam und unter Volksdruck konnte die staatsrechtliche Ordnung wieder hergestellt werden.

Mit zehn Soldaten die Gesundheitsdirektion schliessen!

Dieselbe Missachtung des Parlaments kennen wir auch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Der Reichstag in Deutschland wurde als «Schwatzbude» verunglimpft, und der Landjunker Elard von Oldenburg-Januschau sprach seinen Parteifreunden aus der Seele, als er eine Reichstagsrede im Jahre 1910 mit dem Ausruf beendete: «Der König von Preussen und der deutsche Kaiser muss jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schliessen Sie den Reichstag!» Leider gibt es keine kantonalen Truppen mehr. Ansonsten müsste der Zürcher Parlamentspräsident Dieter Kläy sofort zu einem Leutnant sagen: «Nehmen Sie zehn WK-Soldaten und schliessen Sie die Gesundheitsdirektion!»

Hermann Lei

Leserbrieife

Staat und Coronavirus

Das Virus ist verbreitet da und ernst zu nehmen. Unsere Landesmütter und -väter rufen zu Besonnenheit, Ruhe und Solidarität auf. Jetzt ist das liebe Volk wieder gefragt und mündig. Die gleichen Bundesrätinnen wollten noch vor kurzer Zeit, dass die EU schweigt, damit die Begrenzungsinitiative der SVP gebodigt werden kann und die Tür für den Rahmen- bzw. Knechtschaftsvertrag offen bleibt. Aus den gleichen Mündern vernehme ich nun gutmütterliche Ratschläge, damit ich gesund bleibe (Risikogruppe, 61-jährig, Raucher) und mit ihnen zusammen stehen soll, eidgenössisch stark und solidarisch. Was ich in meinem langen Leben, als noch niemand Coronavirus-Ängste hatte, auf dem Bau an bürokratischen, von der klugen Obrigkeit erlassenen absurden Vorschriften akzeptieren musste, geht auf keine Kuhhaut. Aber jetzt plötzlich ist meine Solidarität mit allen und mit den Befehlenden gefragt. Wie oft hätte ich das Gleiche gerne vom Staat erlebt – dass sie einstehen für Solidarität und vernünftige Lösungen! Ich bin mir noch nie so «verarscht» vorgekommen.

Klaus Odermatt, alt Dachdeckermeister, Dallenwil NW

Zuwanderung wieder selber steuern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter: Es ist Zeit, die heutige Situation in unserem Land auch von Ihnen, Ihrer Partei, Ihren Verbündeten – wie Grossunternehmen, Verbänden und andere Parteien, von denen Sie



Abspecken angesagt

Ist unsere Ernährungssicherheit in Krisenzeiten gewährleistet? Die gegenwärtige «Corona-Krise» zeigt auf, wie schnell die Regale bei den Versorgungsträgern ausgeräumt

sind. Wer erinnert sich an die Anbauschlacht in den Vierzigerjahren? Damals herrschte Versorgungsnotstand. Trotz rigoroser Bewirtschaftung jedes Quadratmeters Grünfläche erreichte man nur einen Selbstversorgungsgrad von 73 Prozent. Dabei gab es damals nur 4.5 Millionen Einwohner in der Schweiz. Die restliche Versorgung musste durch Importe gesichert werden.

Wie sieht das heute, bei 8,5 oder gar 10 Millionen Einwohnern aus? Wie viele Grünflächen stehen noch für Bepflanzung zur Verfügung? Müssten wir uns mit Betonklötzchen ernähren? Wer sich auf eine Importversorgung in Krisenzeiten verlässt, ist ein Träumer. Bei einer weltweiten Krise versiegen Importkanäle sehr rasch. Wie hilflos stehen wir dann da mit unserer Überbevölkerung? Wir werden bestenfalls einen Selbstversorgungsgrad von 35 Prozent erreichen. Auch Futterimporte für unser Vieh werden fehlen. Was dann? Ist die Begrenzungs-Initiative nicht dringend angebracht? Oder wollen wir uns dem angesprochenen Problem einfach verschliessen?

Peter Schnyder, Ennenda

doch gesteuert werden – zu überdenken. Wir möchten selber bestimmen, wer in unser Land kommen darf. Gehen Sie auf die Strasse, sprechen Sie mit ausgesteuerten Schweizerinnen und Schweizern, und stehen Sie ihnen Red und Antwort. Aber mir scheint, dass Sie gar nicht hören wollen, wie man mit den älteren Menschen und ihrem Fachwissen umgeht. Stattdessen wollen Sie im Schnellzugtempo eine «Überbrückungsrente» basteln, um diese Leute auf dem Arbeitsmarkt zu entsorgen, damit zusätzliche Einwanderer Platz haben. Aber Frau Bundesrätin, wir sind kein Tennisball, den man hin und her spielen kann. Einige Monate nach Ihrer Wahl in den Bundesrat haben Sie Ihre Politik komplett geändert. Das hat auch bei mir ein Umdenken ausgelöst. Ich werde der Begrenzungsinitiative zustimmen.

Richard Schmid, Niederglatt ZH

Christenverfolgung im eigenen Land?

In unserer Zeit werden in vielen Ländern der Erde Christen diskriminiert, verfolgt, eingesperrt und ermordet. Jetzt ist die Diskriminierung sogar in der Schweiz angekommen: Der christlichen Familie Läderach (s. Artikel «Schwule Schokolade», «Schweizerzeit» Nr. 5) wird grosser Schaden zugefügt, indem die «Swiss» ihre Schokolade boykottiert. Wir möchten an die Familie Läderach und an alle gläubigen Christen in der Schweiz Worte des Trostes aus der Bergpredigt richten. Jesus sagt: «Glücklich sind, die deshalb verfolgt werden, weil sie Gottes Willen tun. Wenn man euch schmäht und allerlei Böses gegen euch redet, nur um meines Namens willen, dann freut euch und frohlockt, da euer Lohn gross ist im Himmelreich (Matthäus 5:10).»

Heinz und Christine Binder, Trimbach SO

Grenzenlosigkeit zerstört Souveränität

Bundesbern, Parteien und Verbände tun sich schwer mit kontrollierten Grenzen. Was «grenzenlos» heisst, zeigt sich eindrücklich mit der Coronavirus-Gefahr: Der erste Entscheid des Bundesrates hätte doch heissen müssen: «Kontrollierte Landesgrenzen!» Dies hat man wegen Schengen/Dublin verpasst, und durch die offenen Grenzen ist «Corona» in die Schweiz «einmarschiert». Die aktuelle Situation zeigt: Alles braucht Grenzen – die Staaten, die Menschen, alles im Leben. Unser Land muss seine Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Neutralität verteidigen, statt sich unterwürfig in Beugehaft zu begeben.

Albertino P. Steiner, St. Margrethen SG

Totale Ausgrenzung auch in der Schweiz?

Der «Schlusspunkt» von Anian Liebrand («Die totale Ausgrenzung», Schweizerzeit Nr. 4) hat mich sehr bewegt. Ich bin seit 28 Jahren in der Schweiz, stamme aus Dresden und habe 40 Jahre Sozialismus erlebt. Ich weiss, was kommt, wenn die rot-grüne Politclique und die naiven Gutmenschen an die Macht kommen. In der Schweiz stehen wir vor einer ähnlichen Polarisierung wie in der BRD. Geltendes Recht wird unterwandert und missachtet. Noch ist die Mehrheit der Schweizer nicht aufgewacht und meint, es gehe «wie gewohnt» weiter. Ein fataler Irrtum ...

Gerd Rümmler, Wattwil SG

Masseneinwanderung: Vernunft ist der Schlüssel



Politische Agitation hat auf den drei Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund ihre Berechtigung, beinhaltet aber die Verpflichtung zur Wahrheit im vollen Umfang der Aussage. Sie ist Prämisse für eine glaubhafte Politik.

Ich nenne «Ross und Reiter»: Justizministerin Karin Keller-Sutter greift derzeit in ihrem Abwehrkampf gegen die Begrenzungs-Initiative zu Informationsweisen, deren Authentizitätsmanko oft schmerzhaft auffällt. In eindimensionaler Darlegung agitiert sie gegen die Volksinitiative, die nun voraussichtlich am 27. September zur Abstimmung gelangt. Die Nachteile der unbegrenzten Einwanderung blendet sie schlicht aus.

Wahrheit und Dichtung

So verkündet sie bei öffentlichen Auftritten, sie werde als Dossierleiterin begleitet vom Gesamtbundesrat in «breit angelegter Aktion». Sie unterschlägt, dass mit Guy Parmelin und Ueli Maurer zwei Magistraten in der Regierung sitzen, deren Partei die Initiative lanciert. Ebenso ungeklärt der Faktengehalt ihrer gebetsmühlenartig wiederholten Aussage, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Parteien und Kantone stünden am Abstimmungstag mit ihr im Schulterschluss. Irritiert fragt sich der Bürger: «Woher weiss sie dies zum jetzigen Zeitpunkt bereits?»

Befremdend auch die Behauptung, eine über den Rahmenvertrag ermöglichte und ausgeweitete Zuwanderung aus Armutsstaaten belaste das Schweizer Sozialsystem nicht, sondern sei nur eine «Einwanderung in den Arbeitsmarkt». Die Erfahrung lehrt jedoch, dass gerade die massenhafte Zuwanderung ungelerner Kräfte, die unser Sozialsystem in Anspruch nehmen, das System kollabieren lässt. Schwammig ungenau im selben Kontext ist Frau Keller-Sutters Aussage, die Kündigung der Personenfreizügigkeit bringe alles Erreichte des bilateralen Weges in Gefahr. Die Schweiz hat mit der EU über 120 Verträge abgeschlossen, also lässt die Aufkündigung einer einzelnen Vertragsposition keineswegs das Gesamtkonstrukt implodieren.

Der deutsche Spitzenpolitiker Hans-Dietrich Genscher hat gesagt: «Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können es wegen unserer eingeschränkten Grösse und dichten Besiedelung gar nicht sein. Es geht also darum, ohne Eingriffe in die Rechte des Einzelnen und ohne Verletzung der Grundsätze von Toleranz und Humanität, zu einer Begrenzung der Einwandererzahlen zu kommen.»

Darum und mit Macht: Ja zur Begrenzungs-Initiative!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

«Das aktuelle Zitat»

«Die Multikulti-Politik, wie wir sie betreiben, funktioniert nicht. Wir können nichts von Einwanderern und Flüchtlingen verlangen, wenn wir selbst nicht klar definieren, was wir sein wollen. Deshalb plädiere ich für einen neuen Patriotismus, nach dem sich viele Deutsche offensichtlich sehnen. Viele Migranten können mit dem Selbsthass einiger Deutscher gegen ihr Land und ihre Vergangenheit überhaupt nichts anfangen.»

Salahdin Koban, Autor des Buches «Deutschlands freiwilliger Untergang», in der «Welt»

*

Ein Berner namens Heinrich Burri, war alles andre als ein Schnurri. Die Öffnung seines Angesichts blieb ständig zu und sagte nichts. Doch einmal, als im Bärensaal er mit einem sturen PdA ler, zusammentraf und dieser schrie: «Gly heimer dVolksdemokratie!» da wurden Burris Lippen straff und teilten sich und sagten «Aff!»

(Ueli der Schreiber, «Nebelspalter», 1961 zugesandt von Dr. Roland Burkhard, Bern)

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 13. März 2020 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

« ALLES, WAS DIE SOZIALISTEN VOM GELD VERSTEHEN, IST DIE TATSACHE, DASS SIE ES VON ANDEREN HABEN WOLLEN. »

- A von Deutschlands erstem Nachkriegs-Bundeskanzler Konrad Adenauer?
- B vom einstigen Ministerpräsidenten Bayerns, Franz Josef Strauss?
- C vom seinerzeitigen Kämpfer gegen subversive Linke, dem Zürcher Nationalrat Ernst Cincera?
- D vom streitbaren ehemaligen Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, dem Berner Nationalrat Otto Fischer?

Die richtige Lösung lautet:

- A Konrad Adenauer

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Was lernen wir aus der Corona-Krise?

R(h)einschrift



Die Corona-Krise ist derzeit das bestimmende Thema. Die Welt befindet sich gesundheitlich und ökonomisch in einem Ausnahmezustand. Freiheitsrechte von Bürgern müssen seit Wochen eingeschränkt werden, um die Seuche in den Griff zu bekommen. Ob die Massnahmen letztlich wirkungsvoll sind, werden wir erst in einigen Monaten wissen.

Und doch bleibt zu hoffen, dass wir nach der Krisenbewältigung einige Dinge kritisch hinterfragen. Ist die so oft gerühmte Globalisierung ein Vorteil? Bringen die offenen Grenzen den Menschen tatsächlich mehr Freiheit, oder sind diese vielleicht gerade ein Grund dafür, dass wir nun massiv in unserer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden müssen? Macht es Sinn, dass wir Tag für Tag zur Arbeit pendeln müssen, weil unser Lebensraum knapper und der Wohnraum immer teurer wird? Ist es schlau, überall Spitäler zu schliessen und die Armee kaputtzusparen? War es richtig, den «Klimanotstand» in Kantonsparlamenten auszurufen, nachdem wir jetzt einen wirklichen Notstand haben und dieses Wort vorher für undefinierbares missbraucht haben?

Ich glaube, es wird nach dieser Krise höchste Zeit, sich die eine oder andere grundsätzliche Frage stellen. Falls wir unsere eigenen Globalisierungswünsche mit noch weiteren globalen Lieferwegen und -ketten und noch günstiger produzierten Waren nicht etwas einschränken, wird die nächste Seuche nicht lange auf sich warten lassen.

Ich bin nicht gegen Globalisierung und freien Wettbewerb. Diesen aber im Interesse der Gesundheit aller wieder etwas runterzufahren und sich über die Konsequenzen des Handelns bewusst zu werden, scheint mir der richtige Weg zu sein. Das Gegenargument der wirtschaftlichen Prosperität, welches immer gegen jegliche Begrenzungen vorgebracht wird, kann niemand mehr glaubwürdig vertreten. Denn schliesslich werden als Folge dieser Krise ja gerade Abertausende von kleinen und mittleren Unternehmen entweder untergehen oder finanziell durch den Staat gerettet werden müssen. Deshalb ist es an der Zeit, nach der Krise unser Handeln zu überdenken.

Für den Moment sollten wir aber all jenen Helferinnen und Helfern danken, welche sich unermüdlich im Gesundheitsbereich engagieren oder unsere Versorgungssicherheit garantieren. Sie sind die Helden unserer Zeit.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Das Büro Ha deckt auf!



Warum erreichen die Finnen im PISA-Test bessere Resultate als die Eidgenossen? Ganz einfach: Dort gibt es keine Klassen mit nur einem einzigen Finnen. Dort gibt es keine Masseneinwanderung. Deshalb können die Finnen auf einem ganz anderen «Nivoo» Schulunterricht halten. Und erst noch ohne Lehrplan 21 und untaugliche Lehrmittel. Dafür aber mit klaren Zielen, mit Prüfungen und Noten. Bisher ist noch niemand nach Finnland gereist, um sich das anzusehen ...

*

Die Roten und Grünen haben gegen die Entscheide des Parlamentes in Sachen Neues Kampfflugzeug (NKF) das Referendum ergriffen. Sie bestreiten grundsätzlich alles, ausser den eigenen Futternapf. Voraussichtlich am 27. September 2020 werden die Bürger zu Urne gerufen, um die unhaltbaren und realitätsfernen rot-grünen «Argumente» mit einem Nein zu bodigen. Es geht nicht nur um die Beschaffung des NKF, die Linken wollen die Luftverteidigung vernichten und auf diesem Wege die Armee abschaffen. Alles andere ist Heuchelei.

*

Waffengesetz: Mit dem sogenannten Ordnungsbussenverfahren will der Gesetzgeber gewisse Delikte in einem Schnellverfahren büssen und aufwendige Strafverfahren verhindern. Im Waffengesetz(WG) hat der Bund

zwei Ordnungsbussenverfahren eingeführt. So wird das Nichtmitführen der Waffentragbewilligung (nach Art. 34 Abs. 1 Bst. h WG) mit 20 Franken gebüsst. Weit- aus relevanter für Schützen ist aber die zweite Bestimmung: Wer Feuerwaffen transportiert, ohne Waffe und Munition zu trennen (nach Art. 34 Abs. 1 Bst. n WG und Art. 51 der Waffenverordnung), wird mit 300 Franken gebüsst, aber nicht mehr mit einem Strafverfahren verfolgt. Und während des Transports darf in Magazinen keine Munition sein. Also: Munition gehört nicht in die gleichen Tasche. Dies ist beim legalen Waffenbesitzer (Jäger, Schütze) kontrollierbar – bei den Banditen nicht!

Tis Hagmann



ZANETTI
 CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

17. Mai 2020

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Sonst geht die Schweiz kaputt

Massenzuwanderung: Brandgefährlich!

- Stagnierende Löhne
- Drastisch ansteigende Arbeitslosigkeit älterer Schweizer
- Explosion der Sozialhilfekosten zu Lasten der Steuerzahler
- Stark zunehmende Ausländer-Gewaltkriminalität
- Massiv steigende Wohnungsmieten
- Zubetonierung von Kulturland – mehr als der Kanton Schaffhausen innert zehn Jahren
- Täglich Staus für Tausende – Verstopfte Strassen für Alle
- Überfüllte, verspätete, unzuverlässige Züge
- Verschlechterung der Schulqualität: Verständigungsprobleme zum Nachteil vor allem leistungsbereiter Schweizer Kinder
- Unverblümete Attacken auf Schul-Weihnachtsfeiern
- Ausländer als Verwaltungsfunktionäre und Vorgesetzte
- Massiv steigende Bodenpreise (Wohneigentum wird für mittelständische Familien unerschwinglich)
- Massiv zunehmende AHV-Defizite: Jährlich Tausende Null-Einzahler, die volle Leistungen beanspruchen
- Explosion der Gesundheitskosten, Jahr für Jahr steigende Krankenkassenprämien

Sie können die Katastrophe abwenden: Mit ihrem Ja zur Begrenzungs-Initiative.

Die Profiteure der Masseneinwanderung



13 Jahre Personenfreizügigkeit

Eine Million mehr Einwohner

Das sind die gravierenden Folgen:

- 454'000 zusätzliche Wohnungen
- Dafür müssen 57'000 Fussballfelder à 7'140 m² (Fifa-Norm) zubetoniert werden, total 407 Quadratkilometer – mehr als der Kanton Schaffhausen
- 2'200 zusätzliche Ärzte für ambulante Behandlungen
- 25 zusätzliche Spitäler mit 4'600 Betten
- 19'000 zusätzliche Spitalangestellte
- 500 zusätzliche Zahnärzte
- 3'625 zusätzliche Schulklassen, für die zusätzlich 6'950 Lehrerinnen und Lehrer einzustellen sind
- 800 zusätzliche Schulhäuser
- 650 zusätzliche Kindergärten
- Als Folge einer Million Zuwanderer innert 13 Jahren verkehren (und stauen sich) auf Schweizer Strassen 550'000 Autos zusätzlich.
- Eine Million Zuwanderer verbrauchen jährlich 2 Milliarden Kilowattstunden Strom. Die Leistung von 2'500 Windanlagen.
- Eine Million Zuwanderer legen jährlich 2'550'000'000 Bahnkilometer zurück.
- Eine Million Zuwanderer legen jährlich 9 Milliarden Strassenkilometer zurück.

→ Ob all dies «klimaneutral» geschieht?

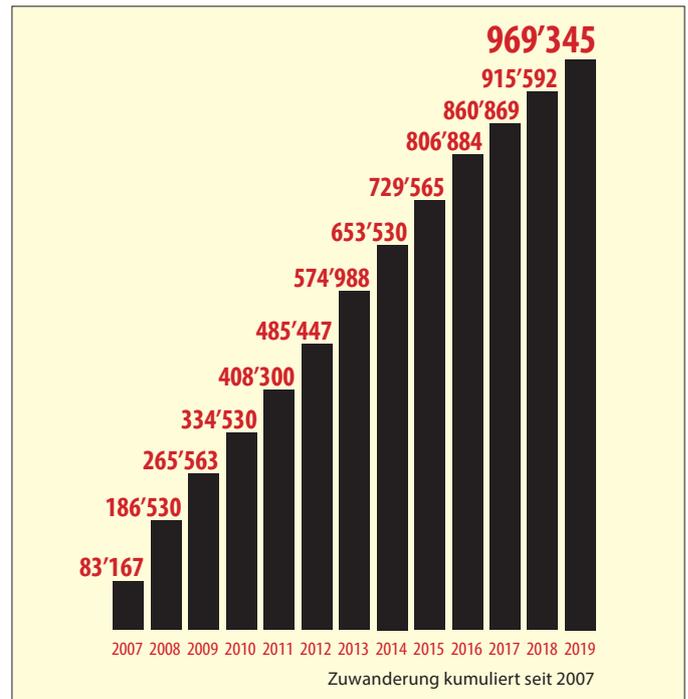
Die Zehn-Millionen-Schweiz

Nimmt die Wohnbevölkerung der Schweiz weiterhin derart zu wie in den letzten fünfzehn Jahren als Folge der Masseneinwanderung, dann wird die Zehn-Millionen-Schweiz

bereits im Jahr 2030

oder kurz danach Tatsache. Wollen Sie das?

(Übrigens: 2019 hat die Zuwanderung verglichen mit dem Jahr zuvor bereits wieder zugenommen).



Wasser

Gemäss offizieller Angabe nutzt jede in der Schweiz lebende Person 160 Liter Frischwasser pro Tag. Eine Million mehr Einwohner benötigen jährlich also

58,4 Milliarden Liter mehr Wasser.

Regen und Schneefall verzeichnen als Folge der Einwanderung keine Zunahme.

Die Million Zuwanderer steigern also nicht nur den Frischwasser-Verbrauch. Sie verursachen zusätzlich bedeutenden Energieaufwand für die Reinigung der zusätzlich genutzten 58,4 Milliarden Liter Wasser.

→ Ob dies «klimaneutral» geschieht?

Die Begrenzungs-Initiative im Wortlaut

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b – Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

- 1 Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
- 2 Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.
- 3 Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Übergangsbestimmungen zu Art. 121b

- 1 Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Artikel 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.
- 2 Gelingt dies nicht, so kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.

Achtung: Fake News

So lügen die Initiativ-Gegner

Die Gegner massvoller und kontrollierter Einwanderung behaupten, die Annahme der Begrenzungs-Initiative hätte die Kündigung sämtlicher bilateraler Verträge mit der EU zur Folge – und diffamieren das Volksbegehren als «Kündigungsinitiative».

Eine krasse, böswillig verbreitete Unwahrheit!
Haltlose Angstmacherei!

Tatsache ist

Im Vertrag über die Personenfreizügigkeit steht ausdrücklich, dass jeder Vertragspartner jederzeit das Recht hat, die Gegenseite zu Nachverhandlungen einzuladen (Art. 14 und 18). Wenn die Schweiz – wie das die Begrenzungs-Initiative verlangt – solche Nachverhandlungen vertragskonform fordert, hat das nichts, aber auch gar nichts mit Vertragsaufkündigung zu tun.

Tatsache ist weiter

Wenn die EU das Verlangen der Schweiz, die Einwanderung in unser Land wieder eigenständig zu regeln, rundweg ablehnt, dann erfolgt innert Jahresfrist die Vertragskündigung durch die Schweiz. Die Vertragskündigung betrifft einzig die Personenfreizügigkeit – keinen anderen Vertrag.

Tatsache ist auch

Auf der Grundlage der diktatorischen «Guillotine-Klausel» könnte die EU im Gegenzug sechs weitere Verträge

der Bilateralen I (Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Forschung) auslaufen lassen. Aus diesen sechs Verträgen (insbesondere jenem über den Landverkehr) zieht die EU indessen weit mehr Vorteile als die Schweiz.

Tatsache ist sodann

Der wichtigste Vertrag, das Freihandelsabkommen von 1972, ist von dieser Guillotine-Klausel nicht betroffen. Der WTO-abgesicherte Freihandelsvertrag – nicht die Personenfreizügigkeit, wie Bundesrätin Karin Keller-Sutter wider besseres Wissen behauptet – regelt der Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Tatsache ist ferner

Zwischen der Schweiz und der EU sind mehr als 120 Verträge in Kraft. Von der Guillotine-Klausel sind im schlimmsten Fall – und klar zum Nachteil der EU – höchstens sechs von den über 120 Verträgen betroffen. Keineswegs «sämtliche Verträge», wie die Fake News-Verbreiter in den Wirtschaftsverbänden und in Bundesbern wider besseres Wissen behaupten.

Tatsache ist schliesslich

Die negativen Folgen der Masseneinwanderung sind für die Schweiz hundertmal schlimmer als es der Wegfall von sechs Verträgen wäre, aus denen vor allem die EU Vorteile zieht.

www.schweizerzeit.ch

Ausländerkriminalität: Import von Gewalt und Verbrechen

29 %

der kriminellen Ausländer wurden 2018 nicht ausgeschafft



44 %

der wegen Drogenkriminalität Beschuldigten sind Ausländer



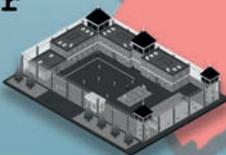
79 %

der wegen häuslicher Gewalt polizeilich registrierten Männer sind Ausländer



71,4 %

aller Gefängnisinsassen sind Ausländer



74 %

aller 2017 verurteilten Vergewaltiger sind Ausländer



52 %

aller nach Strafgesetzbuch Beschuldigten waren 2018 Ausländer



Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistiken, Bundesamt für Statistik, Medienberichte; Grafik: sifa-schweiz.ch

Personenfreizügigkeit: Profit für uns Alle?

Quatsch!

Seit 2007 gilt die volle Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU.

Seit 2007, seit die Personenfreizügigkeit in Kraft ist, hat sich die Einwohnerzahl der Schweiz um eine volle Million vergrössert.

Seit 2007 stagniert allerdings der Wohlstand in der Schweiz.

Wirtschaftliches Wachstum findet in der Schweiz nur noch statt, weil eine Million Menschen auch mehr Güter verbrauchen. Der Einzelne aber, die einzelne Familie erzielt seit Jahren kaum mehr Wohlstandsgewinn.

Für eine vierköpfige Familie mit durchschnittlichem Einkommen steht heute der Erwerb eines Eigenheims ausser Reichweite. Der Mittelstand, all jene, die im Leben etwas erreichen wollen, zahlen die Milliarden-Zeche, welche die Masseneinwanderung der Schweiz beschert.

Konzerne und Grossbetriebe profitieren: Skrupellos und zu Tausenden entlassen sie ältere Schweizerinnen und Schweizer. Und ersetzen sie durch billige Ausländer. Allein darum wollen die Grosskonzerne (60 Prozent ihrer Manager sind Ausländer) die Masseneinwanderung. Denn dank Personenfreizügigkeit können sich die Boni-süchtigen Manager ihre Taschen füllen. Die

Masseneinwanderung

Volle Personenfreizügigkeit gilt seit 2007. Seither erlebt die Schweiz jährliche Zuwanderung zwischen 50'000 und 90'000 Personen.

Mit dem Ja zur Begrenzungs-Initiative sorgen die Bürgerinnen und Bürger dafür, dass die von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 angenommene Volksinitiative gegen Masseneinwanderung von Bundesbern endlich umgesetzt wird.

Die Begrenzungs-Initiative verpflichtet den Bundesrat, die Einwanderung in die Schweiz wieder eigenständig zu regeln. Dies erreichen wir durch Neuaushandlung der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz muss wieder selber entscheiden können, wie viele Menschen in unser Land kommen.

Verweigert die EU jede Korrektur an der Personenfreizügigkeit, verlangt die Initiative die Kündigung des Personenfreizügigkeits-Abkommens – alle anderen Abkommen mit der EU sind davon nicht betroffen!



www.begrenzungsinitiative.ch

immensen Folgekosten der Masseneinwanderung wälzen sie ab auf die Steuerzahler. Wir Steuerzahler müssen mit Milliarden Franken die zerstörerischen Folgen der Masseneinwanderung an unserer Infrastruktur (Strassen, Bahnen, Strom- und Wasserversorgung) bezahlen. Auch die Explosion der Sozialhilfe-Kosten und der Millionen-Aufwand für die Einschulung von Ausländerkindern lastet ganz allein auf den Steuerzahlern. Ebenso wie die Bewältigung der immensen Kosten für die bedrohlich zunehmende Ausländerkriminalität (Polizei, Justiz, Gefängniswesen).

Die Manager kassieren skrupellos. Die Milliarden an Kostenfolgen werden schamlos auf die Steuerzahler überwältigt. Und Bundesbern spielt dieses üble Spiel auf Kosten des Mittelstands mit.

Kunde oder Bettler?

Seit Jahren importiert die Schweiz aus der EU weit mehr, als Schweizer Firmen an Waren und Dienstleistungen in die EU liefern.

Die Schweiz ist nicht Bettlerin, sie ist Kundin der EU. Schweizer Unternehmen sind solide, zahlungsfähige Kunden von EU-Unternehmen. Solche, die Rechnungen für Geleistetes auch bezahlen – keineswegs eine Selbstverständlichkeit für EU-Betriebe.

Kennt jemand einen Betrieb oder einen Fabrikanten in der krisengeschüttelten EU, der einem kaufwilligen Schweizer Kunden allein aus Liebe zu den Brüsseler EU-Bürokraten die Türe zuschlägt und Lieferungen verweigert? Der Schweizer Betriebe also auffordert, das, was sie bisher von ihm bezogen haben, künftig lieber in Fernost oder in den USA einzukaufen?

Solcher Unsinn kann bloss dem Gehirn eines bornierten Verbandsfunktionärs entspringen.

Begrenzungs-Initiative

Abstimmung verschoben

Die Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative, ursprünglich vorgesehen für den 17. Mai, wurde vom Bundesrat verschoben – wahrscheinlich auf den 27. September.

Die Bundesratsmehrheit steht für diese Abstimmung unverhohlen parteiisch auf der Seite der Initiativgegner. Ihr Entscheid wurde mitbestimmt von der Befürchtung, dass sich in Zeiten der Corona-Pandemie wohl niemand für schrankenlose Grenzöffnung begeistern lässt. Und von der Erwartung, dass den Initianten, wenn sie jetzt faktisch zweimal den Abstimmungskampf lancieren müssen, das Geld ausgeht – für die mit prall gefüllten Verbandskassen operierenden Initiativgegner ein klarer Vorteil.

Die «Schweizerzeit» unterbricht ihren Einsatz «Ja zur Begrenzungs-Initiative» auch nicht für einen einzigen Tag. Es geht um Entscheidendes für die Zukunft der Schweiz: Wer sich für unser Land, für die Schweizerinnen und Schweizer verantwortlich fühlt, dem ist in diesen Tagen zweifellos klar geworden:

Niemals dürfen wir die Kontrolle über unsere Landesgrenze aufgeben.

Niemals darf unser Land unbegrenzter Einwanderung preisgegeben werden.

Diese Botschaft ist in alle Haushaltungen zu tragen. Ab heute – täglich – stündlich.

Wir zählen auf Ihre Unterstützung und danken Ihnen dafür.

Ulrich Schlüer



Inländer oder Schweizer

- Mit der Institutionalisierung des «Inländervorrangs light» erfolgte ein klarer Verfassungsbruch.
- Denn gemäss Personenfreizügigkeitsvertrag muss die Schweiz jeden Bewohner eines EU-Landes als «Inländer» behandeln.
- Der EU-Personenfreizügigkeitsvertrag verbietet jegliche Bevorzugung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität. Jeder EU-Bewohner muss von der Schweiz – auch als Stellensuchender – genau gleich behandelt werden wie Schweizer.
- Dank «Inländervorrang» wird die Abdrängung älterer Schweizer Facharbeiter in die Arbeitslosigkeit und ihre Ersetzung durch billige Ausländer erst recht beschleunigt.
- Allein durch Neuaushandlung und – falls diese scheitert – Kündigung der EU-Personenfreizügigkeit können Schweizer Arbeitnehmer in der Schweiz vor Billigkonkurrenz aus dem Ausland geschützt werden.
- Genau dies ist das Ziel der Begrenzungs-Initiative.

Darum:

Ja zur Begrenzungs-Initiative

KMU im Würgegriff (1. Teil)

Der Bürokratismus wuchert

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Kantonsrat Paul Mayer, Marthalen ZH

Jeder sich als bürgerlich etikettierende Politiker pflegt vor Wahlen die grassierende Bürokratie zu kritisieren. Trotzdem wuchert die staatliche Bürokratie immer weiter.



Ein erstes Gespräch mit Paul Mayer hat den Charakter einer Bestandesaufnahme. In einem zweiten, später erscheinenden Beitrag geht es dann um konkrete Massnahmen zur Eindämmung der Bürokratie.

«Schweizerzeit»: Vor einem Jahr wurden Sie, Paul Mayer, Inhaber eines Metallbaubetriebs mit 35

Mitarbeitern im zürcherischen Marthalen, in den Kantonsrat gewählt. Deutliche Kritik am auch das Zürcher Gewerbe schikanierenden Bürokratismus, von Ihnen im Wahlkampf unablässig thematisiert, sicherte Ihnen die Wahl. Den Kampf gegen den Bürokratismus führen Sie jetzt im Ratssaal.

Wie lautet Ihre erste Jahresbilanz?

Paul Mayer: Die unablässig in der ganzen Schweiz um sich greifende Bürokratie bedrängt alle, am meisten aber die KMU-Betriebe. Das zeitigt Folgen. Innert weniger Wochen mussten – um nur ein Beispiel hervorzuheben – mehrere mittelgrosse Fensterfabriken ihre Bilanzen deponieren – auch vor bürokratischen Schikanen kapitulierend. Sie hinterlassen fünfhundert stellenlose Arbeitnehmer.

Meine Zwischenbilanz nach einem Jahr Ratszugehörigkeit: Der wuchernde Bürokratismus zerstört Schritt für Schritt das Rückgrat unserer Schweizer Wirtschaft, die KMU-Betriebe. Gefährdet sind vor allem jene, die zu klein sind, der Vorschriften- und Auflagenflut mit einer eigenen Rechtsabteilung Herr zu werden – und das ist die Mehrheit.

Churz & Bündig

Die Schweizer Gewerkschaften lassen sich die – oft schikanöse – Überwachung der Einhaltung der flankierenden Massnahmen durch den Bund reichlich entschädigen: Mit einem Betrag in dreistelliger Millionenhöhe! Derzeit fordern sie täglich die Schliessung von Baustellen sowie anderer geschäftlicher Tätigkeit. Das hat für dort Angestellte gravierende Folgen. Wie viel vom Bundesmillionen-Segen lassen die Gewerkschaften diesen Opfern ihrer klassenkämpferischen Forderungen zukommen?

www.schweizerzeit.ch

Zertifizierung

Können Sie – wenn möglich anhand konkreter Beispiele aus Ihrem eigenen Betrieb – näher beschreiben, was für Metastasen die Bürokratisierung treibt?

Mein eigener Metallbaubetrieb mit 35 Mitarbeitern – davon sechs Lehrlingen – musste sich 2016 der Erstzertifizierung nach Euro-Norm unterziehen. Ein Jahr später erfolgte die erste, Ende letzten Jahres die zweite Re-Zertifizierung. Einzelne Mitarbeiter, zum Beispiel meine Schweißer, werden dabei Prüfungen unterzogen, wofür bestimmtes Training unabdingbar ist: Zeitaufwand auf Kosten der Produktivität des ganzen Betriebs.

Welchem Zweck dient denn solche Re-Zertifizierung?

Mein Betrieb muss beweisen, dass er bezüglich Ausstattung in technischer Hinsicht, bezüglich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fachlicher Hinsicht noch immer auf der Höhe der Zeit ist.

Wem dient die Erbringung dieses Beweises?

Sie wird erforderlich durch die Produkthaftpflicht. Kommt es im Gefolge eines ausgeführten Auftrags zu einem Rechtshandel, so muss meine Firma im Blick auf die heute geltende Produkthaftpflicht nachweisen können, dass sie alle geltenden Vorschriften und Auflagen erfüllt hat. Wer dazu ein Zertifikat vorweisen kann, ist meistens aus dem Schneider.

Markt und Bürokratie

Sie sind mit Ihrem Betrieb den Bedingungen des Marktes ausgesetzt. Sie arbeiten für Kunden. Sorgt nicht der Markt dafür, dass Ihre Produktion bezüglich Maschineneinsatz, bezüglich des Könnens Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die an sie gestellten Ansprüche erfüllen kann?

Richtig! Genau das verlangt der Markt von mir. Wenn ich mit einem Kunden eine langfristige, für mich also interessante Beziehung aufbauen und pflegen will, dann muss ich diesem Kunden ganz einfach erstklassige Ware und tadellose Leistung zu attraktivem Preis bieten können – zu jedem einzelnen Auftrag. Wenn ich seine Ansprüche nicht befriedigen kann, dann verliere ich ihn als Kunden. So einfach, so logisch, so hart sind die Gesetze des freien Marktes.

Wie gehen Sie mit Ihren Lieferanten um?

Will ich gegenüber meinen Kunden einwandfreie Leistungen erbringen, dann muss ich zwangsläufig höchste Sorgfalt darauf verwenden, Rohstoffe von hoher Qualität zu erhalten, die kundentaugliche Bearbeitung gewährleisten. Entsprechend sorgfältig und kritisch pflege ich auch die Beziehung zu meinen Lieferanten, so dass ich mich darauf verlassen kann, einwandfreie Ware zu erhalten.

Vertrauen zu den Geschäftspartnern: Dies ist der Pfeiler funktionierender geschäftlicher Beziehungen im freien Markt. Tatsache ist für mich aber auch: Stahl aus Schweizer Stahlwerken – das ist Vergangenheit. Ich kaufe Stahl – den von meiner Firma hauptsächlich benötigten Rohstoff – zwar noch bei einem Schweizer Händler ein, mit dem ich gute Beziehungen pflege. Der Stahl aber stammt aus unterschiedlichen Stahlwerken in Europa, deren führende Persönlichkeiten ich höchstens ausnahmsweise persönlich kenne.

Schritt für Schritt schwindet die von Personen getragene Vertrauensbasis. Sie wird verdrängt durch bürokratisch ausgeklügelte Zertifikate. Ich bezweifle, dass der Kunde aus solcher Bürokratisierung profitiert. Der Profit fällt vielmehr an bei denen, welche diese Verbürokratisierung ursprünglich dem Markt ausgesetzter Geschäftsbeziehungen immer weiter vorantreiben. Schliesslich sind die Zertifizierungen, denen wir uns zu unterwerfen haben, alles andere als gratis.

Schon deshalb nicht, weil einmal erlassene Zertifizierungsaufgaben deren Erfinder zum Erlass weiterer, immer stärker spezifizierter «Anforderungsprofile» verführen. Dabei erliegen sie häufig Interessengruppen, die ihre – oft praxisfernen – Anliegen auf politischem Weg durchzusetzen versuchen. Heute muss ich zum Beispiel gegenüber jedem Kunden nachweisen, dass Stahl, der im Ausland in einem Recycling-Prozess hergestellt worden ist, während dessen Gewinnung sämtliche irgendwo und irgendwie aufgestellten Umwelt-Auflagen erfüllt hat.

Roboter

In Ihrem Betrieb ist auch ein Roboter im Einsatz. Muss auch dieser Roboter zertifiziert werden?

So ist es. Allerdings: Anlässlich der Erstzertifizierung meines Betriebs musste sich lediglich das Personal, das den Roboter bedient, bezüglich fachmännischen Umgangs mit diesem Apparat zertifizieren lassen. Anlässlich der zweiten Re-Zertifizierung – also drei Jahre nach der Erstzertifizierung – musste sich auch der Roboter selbst einer Zertifizierung unterziehen, was mit erheblichen Mehrkosten für unseren Betrieb verbunden war.

Kosten

Was für eine finanzielle Belastung resultiert für Ihren Betrieb aus dem ganzen Zertifizierungsprozess?

Die erste Zertifizierung, abgeschlossen 2016, kostete uns rund dreissigtausend Franken. Die erste

AUS GRENDELMEIERS
«REICH DER MENSCHEN»



Römer

Das Reich der Römer fiel vor Jahren an alemannische Barbaren; dabei war es mit seinen Heeren doch wohl im Stande, sich zu wehren. Als Schüler frug man sich beklommen: «Weshalb hat Rom nichts unternommen?» In jüngster Zeit wird uns nun endlich das Wesen dieses Falls verständlich, denn wir schau'n auch in tiefer Ruh' dem eignen Untergange zu.

Re-Zertifizierung, ein Jahr später, belastete uns mit rund sechstausend Franken. Die Ende letzten Jahres abgeschlossene zweite Re-Zertifizierung kostete zehntausend Franken. Da jede Re-Zertifizierung auch mit Neu-Zertifizierungen – wie am Beispiel des Roboters erläutert – verbunden ist, dürften die nachfolgenden Re-Zertifizierungen von Mal zu Mal teurer werden.

Wann fallen denn weitere Re-Zertifizierungen an?

Die erste erfolgte, wie bereits ausgeführt, ein Jahr nach der Erstzertifizierung. Die zweite Re-Zertifizierung letztes Jahr, zwei Jahre nach der Ersten. Die dritte wird drei Jahre nach der zweiten Re-Zertifizierung erfolgen. Danach – so steht es wenigstens geschrieben – hat alle drei Jahre eine weitere Re-Zertifizierung zu erfolgen.

Was kostet das alles?

Wir haben die Kosten bezüglich der ersten zehn Jahre der Zertifizierungsaufgabe errechnet. Diese Kosten beeinflussen selbstverständlich unsere Kalkulationen. Die Aufwendungen für den gesamten Zertifizierungsprozess ab Erstzertifizierung sowie der vier in den zehn Jahren nach der Zertifizierung vorgeschriebenen Re-Zertifizierungen belaufen sich auf heutiger Sicht auf 66'000 Franken.

Dies für Leistungen, die für den Betrieb in keiner Weise produktiv sind, die für einen Kleinbetrieb aber markant ins Gewicht fallen. Diese Kosten verteuern unsere Produkte nicht unwesentlich, was uns gegenüber Konkurrenten aus Nachbarstaaten (unser Betrieb befindet sich ja in unmittelbarer Grenznähe) belastet und benachteiligt. Diese wachsenden, von Bürokraten diktierten Kosten sind es, die einer zunehmenden Zahl von KMU-Betrieben das Genick zu brechen drohen.

Paul Mayer, herzlichen Dank für diese fachkundigen Erläuterungen. Wir werden bald ein zweites Gespräch führen zur Frage, wie man der KMU-lähmenden Bürokratie wirksam entgegenzutreten kann.

Das Gespräch mit Kantonsrat Paul Mayer führte Ulrich Schlier.

Fünf Fragen an Jürg Stüssi-Lauterburg

Tagesausflug in die Schweizer Geschichte

Auch am diesjährigen Tagesausflug in die Schweizer Geschichte am Freitag, 10. Juli 2020, wird Jürg Stüssi-Lauterburg, der ehemalige Direktor der Eidgenössischen Militärbibliothek, die «Schweizerzeit»-Gruppe führen. Dazu fünf Fragen.

Untergang

«Schweizerzeit»: *Wir leben in Wochen des Ausnahmezustands – und wählen als Thema des Tagesausflugs den Untergang der Alten Eidgenossenschaft. Passt das zusammen?*

Jürg Stüssi-Lauterburg: Das passt doch ganz gut, jede Zeit hat ihre Herausforderungen, die von 1798 hatte existenzielle, und auch wir haben doch recht beachtliche kennengelernt.

Umbruch

Untergang der Alten Eidgenossenschaft – Besetzung der Eidgenossenschaft durch die Truppen Napoleon Bonapartes – Wiedererstehen der modernen Eidgenossenschaft: Was hat uns Heutigen dieser tiefgreifende Umbruch in der Geschichte der Schweiz zu sagen?

Der Umbruch hat uns viel zu sagen über die Bedeutung des Vertrauens zwischen Eliten und breiter Bevölkerung, viel über Bereitschaft und deren Fehlen, viel über Männer und Frauen, über den Preis dessen, was wir, vielleicht zu Recht, Fortschritt nennen, über den Wert von Unabhängigkeit und Freiheit.

Laupen

Auf dem Programm steht auch ein Besuch auf dem Bramberg, wo 1339 die Schlacht bei Laupen stattgefunden hat. Worum wurde 1339 gekämpft?

Die Frage war, ob selbstbestimmte Gemeinwesen – hier in Bern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Solothurn, die Hasler, die Weissenburger – gegen den Anspruch des Adels, allein zu herrschen, eine Zukunft hatten. Sie hatten. Auch deshalb gibt es unsere Eidgenossenschaft.

Bern

Und was bekommen wir zu sehen auf dem vorgesehenen Stadtpaziergang in Bern?

Spuren des Krieges und Spuren des Friedens, Zeugnisse der Berner Geschichte, die immer auch Schweizer Geschichte ist. Mit Überraschungen, wie ein Generalstreiker von 1918, der als Regierungsrat 1942 ein Werk der geistigen Landesverteidigung realisiert.

Jegenstorf

Station macht die Reisegruppe auch im Schloss Jegenstorf. Was erwartet die Reisetilnehmer dort?

Wir hatten seit 1815 sieben Oberbefehlshaber: Bachmann an der Letz, Guiguer de Prangins, von Donatz, Dufour, Herzog, Wille und Guisan. Henri Guisans letzter Kommandoposten war 1944/45 auf Schloss Jegenstorf. Das allein ist schon den Besuch des Barockschlosses wert.

S.

Die Anmeldung zum Tagesausflug liegt der heutigen «Schweizerzeit» bei. Die Fragen für die «Schweizerzeit» stellte Ulrich Schlier.



An Frau Bundesrätin Keller-Sutter

Die EU ist eine Fehlkonstruktion. In diese EU wollen Sie und der Bundesrat unser Land mit einem Unterwerfungs-Vertrag treiben, obwohl Sie vor der Vereinigten Bundesversammlung einen Schwur geleistet haben.

Der Bundesrat hat, initiiert durch Sie, den Arbeitnehmern eine Übergangsrrente ab 60 Jahren im Falle einer Entlassung versprochen, obwohl die AHV und die Zweite Säule nicht sichergestellt sind. Diese finanzielle Liederlichkeit dient nicht den Arbeitnehmern sondern den multinationalen Grossunternehmen mit ihren oft ausländischen Millionenbezürgern an der Spitze. Völlig unhaltbar ist auch die Vereinbarung, die Sie, die Bundespräsidentin und der Aussenminister in Davos mit Frau von der Leyen getroffen haben – meines Erachtens ein Landesverrat.

Für die Parteien SP, CVP, FDP und Grüne und ihre Exponenten ist gut, was gegen die SVP gerichtet werden kann (deren Mitglied ich nicht bin).

Es gibt die Redewendung «Der Fisch stinkt vom Kopf her». Das gilt auch für die politische Elite der Schweiz – und der EU.

Ulrich Hertig, Biel (Auszüge aus einem offenen Brief)

Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative...



... über die wir nun voraussichtlich am 27. September abstimmen, mit grösster Überzeugung. Es ist höchste Zeit, dass wir die Einwanderung in unser Land kontrollieren und in einem akzeptierbaren Rahmen halten.

Ausserhalb der EU gibt es kein anderes Land und keine andere Staaten-Gemeinschaft, welche den Freihandel mit der Personenfreizügigkeit verknüpft. Die Sozialhilfekosten explodieren seit Jahren, Strasse und öV sind überfordert – alles aufgrund des ungebremsten Bevölkerungswachstums.

Jährlich nimmt die Schweizer Bevölkerung um rund 50'000 Personen zu, was in Fläche und Infrastruktur mehr als der Stadt Thun entspricht. Was im privaten Bereich normal und gut ist, ist auch für unser Land richtig, nämlich: Ich bestimme, wer mein Haus, meine Wohnung betritt oder Zugang dazu hat. Ich will die Zuwanderung keineswegs komplett stoppen, sondern die Möglichkeit haben, sie selbst zu steuern, wie es in der Bundesverfassung festgehalten ist.

Dass die Masseneinwanderungs-Initiative durch das Parlament nicht umgesetzt und dadurch die Bundesverfassung verletzt wird, wissen wir alle. Das ist für unsere direkte Demokratie nicht akzeptabel und soll durch die Begrenzungs-Initiative nun korrigiert werden. Bei einer Annahme der Initiative wird der Bundesrat vom Volk beauftragt, die bilateralen Verträge innerhalb eines Jahres neu zu verhandeln. Dabei gilt es, die gewichtigen Dossiers wie Landverkehr und Luftverkehr wirksam in die Verhandlungen einzubringen. Die EU selbst hat grosses Interesse, dass die bilateralen Verträge mit der Schweiz nicht mit der Guillotine-Klausel gekündigt werden.

Wir schulden es den nächsten Generationen, dass wir nicht aus kurzfristigem wirtschaftlichem Profitdenken unserem Land die Grundpfeiler und die direktdemokratische Freiheit in Eigennutz innerhalb weniger Jahren zunichte machen. Der bewohnbare Platz in unserem Land ist sehr begrenzt und schon weit über das Erträgliche strapaziert.

Für mich ist die Begrenzung-Initiative die wichtigste Abstimmung seit der historischen EWR-Abstimmung, welche uns bis heute vor einem EU-Beitritt bewahrt hat. Darum werde ich mich für die für unser Land wegweisende Initiative mit grösster Überzeugung engagieren.

*Res Schmid, Regierungsrat,
Bildungsdirektor, Emmetten NW*

Da irrt Peter Spuhler

In einem schweizweit verbreiteten Zeitungsinterview behauptet Peter Spuhler zur Begrenzungs-Initiative wörtlich: «Die Initiative ist ein Frontalangriff nicht nur auf die Personenfreizügigkeit, sondern auf die Bilateralen insgesamt.» Diese ans Argumentarium von Economiesuisse angelehnte Behauptung ist gravierend wahrheitswidrig.

Tatsache ist: Die Begrenzungs-Initiative fordert die Korrektur der unhaltbaren EU-Personenfreizügigkeit auf dem Weg, den der Personenfreizügigkeitsvertrag (Art. 14 und 18) ausdrücklich offenhält. Die Initiative will, dass die Schweiz die Einwanderung und die Grenzkontrolle in unser Land wieder eigenständig regelt.

Die Corona-Pandemie zeigt die Unverzichtbarkeit dieser Forderung angesichts der unabsehbaren Folgen und Gefahren, welche die Personenfreizügigkeit den Corona-betroffenen Ländern bereitet.

Die Begrenzungs-Initiative verlangt weiter, dass die Schweiz, wenn ihr die Souveränität über ihre Grenzen nicht zurückgegeben wird, den Personenfreizügigkeitsvertrag zu kündigen hat. Diese Vertragskündigung würde der EU die Möglichkeit einräumen, im Gegenzug sechs andere Verträge des Pakets Bilaterale I (Landverkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Forschung) auslaufen zu lassen.

Dass solche Retourkutsche unwahrscheinlich ist, weil diese sechs Verträge der EU weit grössere Vorteile bieten als der Schweiz, weiss auch Peter Spuhler. Klar ist auch: Die Personenfreizügigkeit schadet der Schweiz weit mehr als ihr diese übrigen sechs Verträge der Bilateralen I nützen. Zwischen der Schweiz und der EU bestehen heute mehr als 120 Verträge. Davon könnte die EU maximal sechs auslaufen lassen. Von «Frontalangriff auf die Bilateralen» kann also keine Rede sein!

Der wichtigste Vertrag zwischen der Schweiz und der EU, das Freihandelsabkommen von 1972, untersteht keinerlei Guillotine. Der WTO-abgesicherte Freihandelsvertrag sichert der Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Keine Seite hat je eine Absicht geäussert, diesen für Brüssel wie für Bern wichtigen Vertrag kündigen zu wollen.

Die von Grosskonzern-Managern ausgeheckte Economiesuisse-Propaganda trifft ins Leere! Bedauerlich, dass eine Persönlichkeit wie Peter Spuhler sie mitträgt.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 43)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Ende November 1996 erscheint das neueste Werk «Wuurzle» des bekannten Weinländer Bauerndichters Willy Peter, aus Leidenschaft «Puur» und nebenamtlicher Gemeindeschreiber in Oberwil, Gemeinde Dägerlen ZH. Bereits erschienen sind damals «Unparagraphische Seitensprünge», «Underwägs», «Memo-Aren», «Dank dem liebevollen Giessen», «Aasichte – Ysichte», «Chrüz und Queer» sowie «Schpuure». Der begnadete Dialektdichter versteht es immer wieder, in fruchtbaren Momenten, zu jeder Tages- und Nachtzeit, seine unvergleichlichen Verse zu Zeitfragen, zur Politik, zur Landwirtschaft, zu Persönlichkeiten, zu gesellschaftlichen Fragen zu Papier zu bringen und sie bei Gelegenheit auch an Veranstaltungen, festlichen Anlässen und dergleichen mir feinem Humor vorzutragen. So beispielsweise sein Gedicht «Wuurzle»:

*Wuurzle? Was sinds?
En Anker im Grund!
Allerdings nu,
wänns starch sind
und gsund.*

*Wuurzle gänd Halt
und Vertroue wo schützt
und sLäbe vom Baum
uf de Undergrund schtützt.*

*Wuurzle gänd Chrafft
und hebed die Böim.
Ooni Wuurzle
sind ales nu Tröim.*

*En Sturm über dNacht,
und dWuurzle nid zwäg
was hät ales praacht?
De Baum isch ewäg.*

*Deet, won er gsy isch,
iez wüssed mers doch.
häts, ooni Wuurzle,
nid emal e räschts Loch –.*

(20.8.1996, 01.15 Uhr)

An der Buchvernissage zum Werk «Wuurzle» meint Willy Peter, dass er eine «Marktnische» entdeckt habe – sozusagen den «literarischen Direktverkauf ab Hof und Hirni», ab unmittelbar sprudelnder Quelle der Gedanken und Erlebnisse. Und er ergänzt: «Das vielseitige Züürütütsch (und Schwizertütsch) hat für alles die passenden Ausdrücke»; die neuen, modernen Ausdrücke nimmt er entsprechend aufs Korn.

«Wuurzle» – also ein solides Fundament für Sicherheit, sichere Grenzen, Stabilität, Freiheit, Selbstbestimmung, Überschaubarkeit, Heimat – sind im Zeitalter der sogenannten Digitalisierung, Massenzuwanderung und Globalisierung (s. auch «Coronavirus») besonders wichtig. Willy Peter, der am 20. Juni 2011 im Alter von 88 Jahren verstorben ist, hat Zukunftsängste, aber auch einen ausgeprägten Zukunftsglauben, meisterhaft in Verse geschmiedet.

Seine Bücher, die beim Verlag Stutz + Co AG, 8820 Wädenswil, bezogen werden können, sind eine wunderbare, zeitlose Fundgrube.

*

Themenwechsel zur CVP: In der Budgetdebatte der Wintersession 1996 streicht der Nationalrat die Arbeitslosenentschädigung für Jugendliche unter 20 Jahren. Eine m.E. sinnvolle Massnahme, denn Jugendliche ohne familiäre Pflichten können sich aus eigener Kraft über Wasser halten – sofern der Wille vorhanden ist. Der erfolgreiche Antrag stammt vom Walliser CVP-Parlamentarier Epiney. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu. Die Entrüstung in den Medien über diesen Entscheid ist jedoch gross. Und siehe da: In ihrem Pressedienst verurteilt die CVP den Entscheid aufs schärfste. Verschiedene Kommentatoren meinen, mit ihrem Zickzackkurs sei die CVP nun definitiv aus der Liste der bürgerlichen Parteien zu streichen.

Von wegen «streichen»: Die CVP befasst sich derzeit vor allem mit sich selbst und mit der Frage, ob das «C» in ihrem Namen gestrichen werden soll. Ich werde mich hüten, mich in diese Frage einzumischen. Nur so viel: Wenn das «C» nicht nur ein billiger Anstrich ist, und wenn die CVP eine überzeugende bürgerliche Politik machen würde, die sich nach christlichen Grundsätzen richtet – und beispielsweise auch die islamistische Gefahr und die Christenverfolgung in den islamischen Ländern thematisiert – so müsste sie keine derartigen «C»-Debatten führen!

*

Am Ende des Jahres 1996 – in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit – äussert sich Prof. Dr. Kurt Schiltknecht, der von uns wegen seiner Kompetenz in Banken- und Finanzfragen sehr geschätzt wird und den wir, trotz seiner SP-Mitgliedschaft, gerne bei



**Das Büro Ha
deckt auf!**



Kleine Frage an die Grün*Innen: Ende Februar sollten die ersten Zugvögel vorbeiziehen. Einige machen da und dort normalerweise einen «Marschhalt». Nichts bis jetzt. Wo sind sie geblieben? Die Artenvielfalt in diesem Winter war zum dritten Mal in Folge sehr bescheiden. Die Amseln sind zu 90 Prozent verschwunden, ebenso die Singdrosseln. Und es werden noch weniger kommen, weil an den Küsten des Mittelmeeres Millionen von Zugvögeln gefangen und verspeist werden. Was haben die grünen Schnapsdrosseln dagegen unternommen, die EU-Turbo-Schnorrer? Nichts.

Tis Hagmann

wichtigen Veranstaltungen beiziehen, in einem vielbeachteten Artikel zur Notwendigkeit, dass Unternehmen Gewinne machen müssen. Schiltknecht: «Es gibt keinen Zweifel. Die treibende Kraft in der Wirtschaft ist der Gewinn.» Nur so könnten Unternehmer Arbeitsplätze schaffen und sichern, und nur so könnten sie auch wirtschaftlich schwierige Perioden überstehen.

Schiltknecht widerspricht damit der damaligen (und auch heute oft gehörten) Meinung von «sozialen» Kreisen, (Pseudo-) Intellektuellen und Gutmenschen, wonach eine Gewinnmaximierung «unsozial» sei. Sie predigen, der Staat müsse massiv eingreifen und mit allerlei Massnahmen «Gleichheit» (Harmonisierung) anstreben und durchsetzen. Diese falsche Auffassung, so Schiltknecht, bringe zwangsläufig auch die Gewinnmaximierung als Ziel unternehmerischen Handelns in Misskredit. Tatsache sei jedoch: «Wohlstand und Wirtschaftswachstum hat es immer nur dann gegeben, wenn die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft hochgehalten wurden. Der Beitrag eines Unternehmens für die Gesellschaft ist dann am grössten, wenn es seinen Gewinn zu maximieren versucht.» Anders ausgedrückt: Alle Systeme, welche die Gewinnmaximierung behindert oder ausgeschaltet hätten, seien gescheitert.

Auch Christoph Blocher hat als international tätiger und erfolgreicher Unternehmer immer wieder betont: «Es gibt nichts Traurigeres als ein Unternehmen, das keine Gewinne macht!»

Schiltknecht kommt zum Schluss: «Im Gegensatz zur Auffassung gewisser Theoretiker und Schöngeister, die sich noch nie mit der Herstellung und dem Vertrieb von Waren beschäftigt haben (bzw. noch nie einen Schuhbündel verkaufen mussten), ist es letztlich doch gerade der Wunsch nach materiellen Werten und Wohlstand, der Innovation und Fortschritt mit sich bringt.» Natürlich gebe es auch beim Konzept der Gewinnmaximierung Fehlleistungen und gar einzelne Exzesse. Auch dieses System sei nicht die perfekte Lösung, es müsse aber gesamtheitlich beurteilt werden. Schiltknecht: «Es gilt auch hier, was Churchill seinerzeit über die Demokratie gesagt hat: Sie ist das schlechteste mögliche System – mit Ausnahme aller andern.»

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr



KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: Fr. 60.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Büchertisch

Zuhause – und isoliert?

Bücher bewahren vor Langeweile. Der Versandhandel ist nicht unterbrochen.

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst vermittelt Ihnen die von ihm empfohlenen, aber auch jedes andere im Buchhandel erhältliche Buch.

Lesen vertreibt Langeweile!

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Wegen des Corona-Virus können bis auf weiteres keine Veranstaltungen stattfinden. Alle in der «Schweizerzeit» 05/2020 aufgeführten Anlässe mussten leider abgesagt bzw. verschoben werden. Wir hoffen, Ihnen die neuen Veranstaltungsdaten bald übermitteln zu können. Die «Schweizerzeit» dankt für Ihr Verständnis.

BESTSELLER



Verheimlicht, vertuscht, vergessen

Was 2019 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisnewski

Es gibt Fakten, wichtige Entwicklungen, wegweisende Stellungnahmen und Standpunkte, die den Weg in die Medien nie finden. Keineswegs aus unglücklichem Zufall. Nein, die Medienmacher wollen gewisse Wahrheiten der Öffentlichkeit bewusst vorenthalten – klar politisch motiviert. Zu diesen bewussten Lücken erscheint jetzt als «anderes Jahrbuch» die Chronik all dessen, was im letzten Jahr die Öffentlichkeit nicht erreicht hat. Auch über das «Weshalb» erfährt man Interessantes.

Kopp, Rottenburg 2020, 288 S., geb., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85



Bin ich denn der Einzige hier, wo Deutsch kann?

Über den Niedergang unserer Sprache

Andreas Hock

Erschreckend, in welchem Tempo korrektes Deutsch aus Alltag, aus Schulen, Medien und Politik verschwindet. Ein Autor, der die deutsche Sprache beherrscht, nimmt eine Bestandaufnahme vor, welche Leser erschauern lässt: Die deutsche Sprache ist durch dem EU-Zentralismus verfallene Bildungsfunktionäre zum Auslaufmodell verkommen. Die Schulen legen kaum mehr Wert auf korrekte Ausdrucksweise. Eine schockierende Auslegeordnung.

Riva, München 2014, 186 S., Brosch., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80

AKTUELL



Angela Merkel – Das Requiem

Gertrud Höhler

Die Autorin besticht durch ihre – auch an Talk-Shows oft zu geniessende – genaue Beobachtung und Schärfe ihrer Kommentare. Sie zeigt, wie Angela Merkel als Alleinherrscherin, ziemlich unbelastet von gesetzlichen Vorgaben, das Parlament ihrer Herrschaftsgewalt notorisch unterwerfend, Deutschland ins Abseits geführt hat. Angela Merkel trat an als Bürgerliche, beerbte die Sozialdemokraten durch Sozialdemokratisierung der CDU. Und mittels Energiewende soll die CDU auch «eingegrünt» werden. Es geht nur um Macht.

Econ/Ullstein, Berlin 2019, 351 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.80

Büchertisch



Mit Geld zur Weltherrschaft

Warum unser Geld uns in einen dystopischen Weltstaat führt

Thorsten Polleit

Währungspolitik ist – sowohl aus Euro-, besonders aber aus Dollar-Sicht – Pfeiler der Ausübung von Herrschaft – mit Ziel Weltherrschaft. Thorsten Polleit – unbestechlicher Beobachter des Weltgeschehens, Sachverständiger in Währungspolitik – analysiert die Entwicklung, schildert die Gefahr, die freien Bürgern aus der Abdrängung nationaler Währungen droht. Polleit zeigt aber auch Alternativen: Wie kann der Einzelne der Zentralisierung der Währungspolitik mit Ziel Weltherrschaft entgehen?

Finanzbuch, München 2020, 221 S., geb., (Richtpreis Fr. 25.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.30

SCHWEIZ



Eine Kultur schafft sich ab

Beiträge zu Bildung und Sprache

Mario Andreotti

Der Autor versteht – eine Seltenheit im heutigen Kulturbetrieb – deutsche Sprache sorgfältig und korrekt anzuwenden. Seine Aufsätze zu grundlegenden Fragen der Zeit bestechen durch ihre Treue zu korrekter deutscher Sprache. Inhaltlich setzt sich der St. Galler Professor mit den Zerfallserscheinungen in der Sprache, im Alltag, in der Demokratie, in der Kirche, in der Kultur auseinander – in Form eindrücklicher Stellungnahmen und Bekenntnisse.

FormatOst, Schwellbrunn 2019, 120 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.60



Tausend Jahre Zürcher Wurzeln

Zeitreisen von Zürcher Familien im Spiegel der Geschichte

Christoph Zollinger

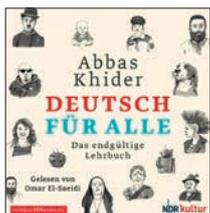
Das Geschlecht der Zollinger aus der Gemeinde Zollikon beeinflusst seit dem 12. Jahrhundert in zwar unterschiedlicher, aber stets anhaltender Bedeutung das Geschehen in Stadt und Landschaft Zürich. Aus Sicht dieser Familie und ihrer Geschichte ist ein interessantes, ausgesprochen schönes, illustriertes Werk zur Entwicklung Zürichs von der Handelsstadt im Spätmittelalter bis zum heutigen, modernen Wirtschaftskanton entstanden. Eine Fundgrube für geschichtlich interessierte Leser.

Th. Gut, Zürich 2019, 239 S., Grossformat, ill., geb.
(Richtpreis Fr. 49.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 46.55

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Deutsch für alle

Das endgültige Lehrbuch

Abbas Khider

Das die deutsche Hochsprache raschem Zerfall ausgeliefert wird, kann kaum ernsthaft bestritten werden. Auch das Hörbuch des aus dem Irak stammenden, nach Deutschland eingewanderten Abbas Khider hinterlässt zwiespältige Eindrücke – so interessant es auch ist. Abbas Khider beherrscht deutsche Sprache – abgesehen von seinem Akzent – eigentlich perfekt. Perfekter als mancher, dessen Muttersprache Deutsch ist, der sich aber lieber mit Anglizismen profilieren will.

Khider versucht auch, die Logik deutscher Sprachbildung und -nutzung zu erkennen und befasst sich entsprechend sorgfältig mit deutscher Sprache. Er präsentiert dann aber Vorschläge zur «Vereinfachung» der deutschen Hochsprache, die teilweise Belustigung, aber auch Hühnerhaut auslösen. Interessant ist, wie einer, der sich intensiv und offensichtlich ehrlich um Integration bemüht, mit der deutschen Sprache umzugehen lernt.

Hörbuch-Verlag Hamburg 2019, 2 CDs, Laufzeit 156 Min., (Richtpreis Fr. 20.90)

Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 19.85

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksame Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Was Sie über Altersvorsorge wissen sollten

Intelligent planen – Steuern sparen – Fehler vermeiden

Michael Ferber, Damian Gliott, Florian Schubiger

Das die AHV der Auszehrung entgegen trüdt, ist hinlänglich bekannt. Auch tut sich die Politik äusserst schwer, die AHV so zu reformieren, dass sie wieder auf solider Grundlage steht. In dieser Situation ist es gut, sich mit einem Buch zu befassen, das die Probleme der AHV verständlich vermittelt und Vorschläge entwickelt, wie die AHV auf längere Dauer gesichert werden kann. Das Buch erklärt einerseits das Funktionieren der heutigen Altersvorsorge. Andererseits zeigt es, wie der Einzelne vorzugehen hat, dass er auch steuerlich gut fährt. Dann werden Informationen vermittelt, wie mittels AHV, Pensionskasse und Säule 3a – sowie auf der Grundlage privater Vorsorge – ein genügendes Einkommen im Alter gesichert werden kann. Es vermittelt auch Ratschläge, wann und wie Frührentierung in Anspruch genommen werden soll und wie nach der Pensionierung mit dem eignen Vermögen pfleglich umgegangen werden kann. Schliesslich werden Informationen und Tipps zum Erbrecht vermittelt. Insgesamt ein Sachbuch, das insbesondere älteren Menschen verständlich vermittelt, wie sie mit ihrem Vermögen pfleglich umgehen können.

us

NZZ Libro, Basel 2020, 335 S., brosch., (Richtpreis Fr.58.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 55.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Gerhard Wisnewski – Verheimlicht, vertuscht ... à Fr. 19.85
 Andres Hock – Bin ich denn der Einzige à Fr. 13.80

Aktuell

- Gertrud Höhler– Angela Merkel – Das Requiem à Fr. 31.80
 T. Polleit – Mit Geld zur Weltherrschaft à Fr. 24.30

Schweiz

- Mario Andreotti – Eine Kultur schafft sich ab à Fr. 26.60
 Christoph Zollinger – Tausend Jahre Zürcher ... à Fr. 46.55

Hörbuch

- Abbas Khider – Deutsch für alle à Fr. 19.85

Buchzeichen

- Michael Ferber, Damian Gliott, Florian Schubiger–
Was Sie über die Altersvorsorge wissen sollten à Fr. 55.10

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(06/27.03.2020)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 27. März 2020	Stammtisch-Live	Sozialhilfe und Masseneinwanderung: Eine Zeitbombe Ulrich Schlüer diskutiert mit Landrat Andi Trüssel, Nationalrätin Therese Schläpfer und Nationalrätin Barbara Steinemann.
Freitag, 3. April 2020	Landmann-Talk	Andreas Glarner – mit Volldampf für die Schweiz Valentin Landmann im Gespräch mit Nationalrat Andreas Glarner
Freitag, 10. April 2020	Magazin	Die Schweiz – bald Provinz Afrikas? Ulrich Schlüer im Interview mit Dudo Erny, Geograph und Buchautor
Freitag, 17. April 2020	Stammtisch	Spontan – Schlagfertig – Treffsicher Toni Brunner diskutiert mit einem Überraschungsgast

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt. Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

9. April 2020

Charakterprüfung

Das Coronavirus hält die Welt in Atem – auch die Schweiz befindet sich im Ausnahmezustand. Wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass uns in Bälde eine globale Krise derart zerstörerischen Ausmaßes heimsuchen wird?

Wenig überraschend haben sich die Prioritäten der Menschen innert Kürze grundlegend verändert. Eigenversorgung, Bürgerpflicht, Grenzschutz, intakte Armee – alles Werte, die jetzt an Bedeutung gewinnen und nichtige Diskussionen wie die Forderungen nach Gendersternen, fleischlosen Menschen oder Unisex-Toiletten rasch vergessen machen. Auch Greta und die Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sind verstummt.

Dass der Bund – unter vorbildlicher Führung von Finanzminister Ueli Maurer – unkomplizierte Soforthilfe für KMU und Selbständige in Milliardenhöhe angeordnet hat, ist goldrichtig und nötig. Was wäre das für ein Signal gewesen: Die Banken konnten wir, ohne mit der Wimper zu zucken, mit Milliarden retten – und die kleinen und mittleren Betriebe würden im Regen stehen gelassen?

Bis anhin vergeblich warte ich auf den längst überfälligen Solidaritätsbeitrag der in der Tendenz rundum überbezahlten Staatsangestellten, deren satte Einkommen im Gegenzug zur Existenz von Coiffeuren, Schreibern oder Musikveranstaltern

gesichert sind. Charakterstarke Bundesbeamte würden in diesen Zeiten auf einen Teil ihres Lohns verzichten – zugunsten des Rettungsfonds der sie finanzierenden Wirtschaft.

Krisen als Charakterprüfung: In der Geschichte waren oft einschneidende Not-situationen nötig, bis die Nationen zusammengestanden sind und egoistische Triebe zugunsten gelebter Solidarität abstellten. Und siehe da: So ist aller harten Massnahmen zum Trotz denn auch festzustellen, dass ein Ruck durch die Spassgesellschaften Europas geht. Nachbarschaftshilfen entstehen, die Menschen bleiben zuhause und musizieren auf ihren Balkonen. Die Spreu trennt sich vom Weizen: Wer schränkt sich ein und übernimmt Verantwortung für sein Umfeld – und wer pfeift auf alles?

Charakter zeigt sich dieser Tage vor allem im Alltag: Am Beispiel des Unternehmers, der seinem krisengeschüttelten selbständigen Mieter unbürokratisch den Zins erlässt oder der Hausfrau, die ohne Aufhebens für die betagten Nachbarn einkaufen geht. Ganz zu schweigen von den Dienst leistenden Angehörigen der Armee und der Blaulichtorganisationen sowie dem gesamten Gesundheitspersonal. Wenn dieser Bewusstseinswandel Bestand hat, ist die Schweiz noch nicht verloren.

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

**Schluss
Punkt**